



Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

23. Sitzung (öffentlich)

16. November 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

9:00 Uhr bis 9:50 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)

Protokollerstellung: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/2300 und 14/2850

Vorlagen 14/593 und 14/653

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Einzelplan 03 – Innenministerium
Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

In Verbindung damit:

Personalsituation in den Staatlichen Umweltämtern

Bericht der Landesregierung

Zur *Personalsituation in den Staatlichen Umweltämtern* trägt Minister Eckhard Uhlenberg (MUNLV) vor.

Zum *Haushaltsgesetz 2007* werden die zwölf Änderungsanträge der Grünen (siehe Vorlage 14/814) zu Einzelplan 10 einzeln abgestimmt und jeweils mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

In der Gesamtabstimmung wird der Einzelplan 10 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen unverändert angenommen.

Dem Einzelplan 03 - Kapitel 03 310 - wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen unverändert zugestimmt.

Nächste Sitzung: 13. Dezember 2006

Aus der Diskussion

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/2300 und 14/2850

Vorlagen 14/593 und 14/653

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Einzelplan 03 – Innenministerium
Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

In Verbindung damit:

Personalsituation in den Staatlichen Umweltämtern

Bericht der Landesregierung

Vorsitzende Marie-Luise Fasse teilt mit, Änderungsanträge lägen lediglich von den Grünen vor (siehe Vorlage 14/814).

Darüber hinaus sei dem Ausschuss mit Vorlage 14/749 ein Bericht über die Personalsituation in den Staatlichen Umweltämtern übersandt worden.

Personalsituation in den Staatlichen Umweltämtern

Minister Eckhard Uhlenberg (MUNLV) berichtet:

Zu den Beschäftigten des mittleren technischen Dienstes ist festzustellen, dass es sich hier um ehemalige Bedienstete der Gewerbeaufsichtsverwaltung handelt, die im Rahmen der Neuorganisation im Jahre 1994 bei den Staatlichen Umweltämtern eingesetzt werden. Aufgrund der dortigen Aufgabenstruktur nehmen sie in den StUÄ Aufgaben vergleichbar den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern des gehobenen Dienstes wahr.

Aus diesem Grund hat sich das MUNLV im Rahmen der jährlichen Haushaltsverhandlungen für eine berufliche Verbesserung der Beschäftigten des mittleren technischen Dienstes eingesetzt. Im Hinblick auf die Aufgabenwahrnehmung konnte durch entsprechende Stellenumwandlungen in den letzten Jahren erreicht werden, dass 57 Beschäftigten der Aufstieg ermöglicht wurde. Darüber hinaus erfolgte im Jahr 2000 die Überleitung von 21 Beschäftigten der Spitzenämter des mittleren technischen Dienstes in den gehobenen technischen Dienst.

Für das Haushaltsjahr 2006 wurde daher erneut die Umwandlung von 20 Stellen des mittleren technischen Dienstes in den gehobenen technischen Dienst beantragt. Mit dem Haushalt 2006 wurde die flächendeckende Personalausgabenbudgetierung eingeführt. Somit wurde für die Stellenumwandlungen eine entsprechende Budgeterhöhung beantragt. Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen hat das Finanzministerium die Erhöhung mit der Begründung abgelehnt, dass die Deckung für die Umwandlung aus dem allgemeinen Deckungskreis erfolgen muss. Nach den Budgetberechnungen im Frühjahr zeichnete sich eine Überschreitung ab, sodass die Durchführung des Aufstiegsverfahrens zurückgestellt wurde.

Die darüber hinaus angesprochenen Beförderungen von A 9 nach A 10 betreffen die Beschäftigten, die bereits im Dezember 2004 den Aufstieg erfolgreich mit der Laufbahnprüfung abgeschlossen haben und nach dem Beschluss der Landesregierung nach einem Jahr und sechs Monaten, also im Juni 2006, von A 9 nach A 10 hätten befördert werden können. Aufgrund der bereits erwähnten Budgetüberschreitungen konnten die zuständigen Behörden die Beförderungen nicht durchführen.

Da zwischenzeitlich aufgrund verschiedener budgetrelevanter Veränderungen, zum Beispiel die Einmalzahlung an Arbeitnehmer und die Kürzung der Sonderzuwendung, eine Neuberechnung erfolgte, stellt sich die Situation nunmehr so dar, dass in den überwiegenden Bereichen eine Budgetunterschreitung besteht und nunmehr die zuständigen Behörden vor Ort nach den Kriterien Eignung, Leistung und Befähigung durchaus Beförderungen durchführen können. Die verfügbaren Budgetmittel können jedoch nicht ausschließlich für Beförderungen von A 9 nach A 10 eingesetzt werden, da auch in anderen Besoldungsgruppen Beförderungen zurückgestellt werden mussten und hieraus noch tarifrechtliche Ansprüche zu finanzieren sind.

Svenja Schulze (SPD) zeigt ihre Freude, dass sich im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Staatlichen Umweltämtern etwas bewegt habe. Es hätten auch Petitionen vorgelegen. Denn es sei schon ungewöhnlich gewesen, dass man 2006 einen Haushalt beschlossen habe, bei dem der Budgetansatz nicht mit dem Bedarf übereinstimmt habe. Das sei nun im Nachhinein geheilt worden.

Sie hoffe, dass das für den Haushalt 2007 nicht wieder zutreffe. Der Ansatz 2006 habe nicht ausgereicht, um die geplanten Beförderungen erfolgen zu lassen, und 2007 sei der Ansatz noch einmal gesenkt worden. Die Abgeordnete erkundigt sich, ob das bedeute, dass 2007 wieder die gleiche Situation auftrete. Das habe sie wegen der Verschiebungen durch den Nachtrag nicht nachvollziehen können.

Minister Eckhard Uhlenberg erläutert, dass das Umweltministerium wie alle anderen auch – es gehöre nicht zu den Ausnahmen – einen jährlichen Stellenabbau von 1,5 % erbringen müsse. Trotz dieser 1,5 %igen Stelleneinsparung sei das MUNLV nach den Kriterien, die er genannt habe, in der Lage, im Jahr 2007 sukzessive die Beförderungen von A 9 nach A 10 zu erbringen. Man müsse also die Beförderungen von A 9 nach A 10 bei der 1,5 %igen Stelleneinsparung gegenrechnen.

Haushaltsgesetz 2007

Vorsitzende Marie-Luise Fasse ruft die zwölf Änderungsanträge der Grünen zu Einzelplan 10 einzeln auf.

(Die Anträge zum Einzelplan 10, vorgelegt im Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, sind in Vorlage 14/814 aufgelistet. Im Folgenden werden nur die Anträge aufgeführt, zu denen eine Diskussion stattfindet. – Die Abstimmungsergebnisse zu den einzelnen Anträgen erscheinen nicht im Diskussions-, sondern ausschließlich im Beschlussprotokoll.)

Antrag Nr. 1 (GRÜNE)

Kapitel 10 020 – Allgemeine Bewilligungen

Titel 883 11 – Zuweisungen für Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altablagerungen und Altstandorten

Erhöhung des Ansatzes um 3 Millionen € auf 8,45 Millionen € und neuer VE-Ansatz von 10 Millionen €

Reiner Priggen (GRÜNE) geht davon aus, dass die Sanierung der PFT-belasteten Flächen wesentlich mehr Mittel beanspruchen werde, als bisher veranschlagt. Ihn interessiere, wie die notwendigen PFT-Sanierungen finanziert werden sollten und wo im Haushalt weitere Mittel zur Verfügung gestellt würden.

Minister Eckhard Uhlenberg antwortet, die Landesregierung habe schon von sich aus in den letzten Wochen durch Verhandlungen mit dem Finanzminister 1,6 Millionen € zur Sanierung der PFT-Schäden zur Verfügung gestellt. Diese Mittel reichten zurzeit aus. Man habe intensiv mit der Sanierung im Bereich des Mönhesees, der Möhne und der Rur begonnen. Er könne aber nicht sagen, wie sich das im Laufe des Jahres oder im Jahr 2008 weiterentwickeln werde.

Wichtig sei, nicht den Druck von den Verursachern zu nehmen. Wenn man in einem größeren Umfang Gelder zur Verfügung stelle – sozusagen im Voraus –, würden die Verursacher des Schadens entlastet. Auch das Geld, das die Landesregierung schnell und unkonventionell zur Verfügung gestellt habe, wolle man sich eigentlich von dem Verursacher zurückholen. Man trete in Vorlage. Wenn die 1,6 Millionen € nicht ausreichen sollten, werde er wieder in intensive Gespräche mit dem Finanzminister eintreten.

Reiner Priggen (GRÜNE) fragt, wie viel Hektar mit 1,6 Millionen € saniert werden könnten. Das Argument des Ministers leuchte ihm ein. Aber er – Priggen – befürchte, dass beim Verursacher nicht viel zu holen sein werde.

Minister Eckhard Uhlenberg erwidert, zunächst gehe es um die Sanierung der Fläche in Brilon-Scharfenberg. Für diese Fläche von etwa 10 ha werde ein Betrag zwischen 600.000 und 700.000 € angesetzt. Bei der weiteren Sanierung der Flächen gehe man

risikoorientiert vor. Man werde sich zunächst die Flächen mit hoher PFT-Belastung vornehmen. Darüber hinaus werde man mit diesen 1,6 Millionen € in den nächsten Monaten weitere Flächen sanieren können. Genaue Hektarangaben könne er nicht machen.

Holger Ellerbrock (FDP) möchte wissen, ob das Ministerium einen Überblick über Versicherungsleistungen habe, die möglicherweise von der Betriebshaftpflichtversicherung des Verursachers zu erwarten seien.

Minister Eckhard Uhlenberg entgegnet, im Moment ermittle die Staatsanwaltschaft. Wenn die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen abgeschlossen seien, würden wahrscheinlich die finanziellen Möglichkeiten dieser Firma offengelegt.

Friedhelm Ortgies (CDU) meint, man könne wohl von Brunnenvergiftungen sprechen. Dahinter scheine kriminelles Handeln zu stehen. Er hoffe, dass man der Verursacher habhaft werde und dort noch Geld einzutreiben sei. Er habe gelesen, dass eine Firma schon Insolvenz angemeldet habe. Bei nachweislich kriminellem Handeln glaube er – Ortgies – nicht, dass die Haftpflichtversicherung des Unternehmens eintrete.

Zum Haushaltsantrag der Grünen: Die Sanierungskosten dürften nicht zulasten eines einzigen Hauses, des MUNLV, gehen.

Holger Ellerbrock (FDP) erinnert an die letzte Sitzung, in der der Minister als praktizierender Landwirt nicht habe nachvollziehen können, dass solche dubiosen Firmen mit Geldzahlungen eine flächendeckende Abfallbeseitigung vornehmen und dem Landwirt weismachen könnten, es handele sich um einen Bodenverbesserer. Ihn interessiere, wie es in diesem Zusammenhang mit der Haftung als Zustandsstörer aussehe. Der Zustandsstörer sei nicht der Verursacher, sondern der, auf dessen Gebiet der Abfall abgelagert worden sei; dafür sei dieser nach Abfallrecht in Regress zu nehmen.

Minister Eckhard Uhlenberg macht darauf aufmerksam, dass diese Dinge zurzeit von der Staatsanwaltschaft geprüft würden. Sein Haus wolle dem nicht vorgreifen.

Das Geld des Landes dürfe nicht den Druck vom Schädiger nehmen. Es gehe darum, im Rahmen der risikoorientierten Sanierung der Flächen das PFT-Problem in den Griff zu bekommen. Dazu sei die Landesregierung in der Lage; das werde nicht an Finanzmitteln scheitern.

Wolfram Kuschke (SPD) fragt, ob bei den 1,6 Millionen €, die der Minister erwähnt habe, die Übertragbarkeit nach 2007 gewährleistet sei oder ob die Sanierung durch Verpflichtungsermächtigungen geregelt werden solle. Denn es müsse ja gehandelt werden – man könne nicht zuwarten –, unabhängig von der Frage, inwieweit der Schädiger herangezogen werden könne und ob von ihm – wann auch immer – überhaupt etwas zu holen sei. Die haushaltstechnischen Vorkehrungen seien getroffen. Der Minister habe betont, dass der Finanzminister die notwendigen Gelder zur Verfügung stellen werde.

Minister Eckhard Uhlenberg merkt an, diese Mittel seien vom Finanzminister überplanmäßig zur Verfügung gestellt worden, damit man mit den Arbeiten beginnen könne und nicht auf die Verabschiedung des Haushaltsplans warten müsse. Die Arbeiten seien begonnen worden. Für den Fall, dass die Finanzmittel nicht ausreichen sollten, sei er sehr optimistisch, dass der Finanzminister wieder überplanmäßige Mittel zur Verfügung stellen werde.

Johannes Remmel (GRÜNE) geht auf die technische Lösung der Sanierung ein. Im Vorfeld seien Sanierungsoptionen diskutiert worden, die teurer gewesen seien als die nun angestrebte Drainagelösung. Ihn interessiere, wie das technisch zu begründen sei, weil dort Gestein vorkomme, bei dem eine Drainage eigentlich nicht sinnvoll sei. Eine Drainage helfe ja nur, wenn ein Untergrund vorhanden sei, bei dem kein Wasser durchkomme. Das sei geologisch nicht zu erwarten. Deshalb habe der Hochsauerlandkreis ein Gutachten in Auftrag gegeben. Er – Remmel – bitte um Auskunft, wann die Ergebnisse dieses Gutachtens vorlägen. Vielleicht müsse man davon ausgehen, dass der Gutachter möglicherweise zu anderen Erkenntnissen komme, als eine Drainage vorzunehmen.

Minister Eckhard Uhlenberg gibt zu bedenken, dass das Erörtern technischer Lösungen nicht zu den Haushaltsplanberatungen gehöre.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Daran muss man den Haushaltsansatz orientieren!)

Svenja Schulze (SPD) macht deutlich, der SPD sei es wichtig, dass das Geld zur Verfügung gestellt werde, wenn der Verursacher noch nicht herangezogen werden könne. Das habe der Minister mehrfach versichert.

Die SPD werde sich bei den Änderungsanträgen enthalten, weil sie davon überzeugt sei, dass der Haushalt eine so deutliche Schiefelage aufweise, dass man sie nicht durch einzelne Änderungsanträge heilen könne. Man habe heute im Fachausschuss keine Anträge gestellt, weil man davon ausgehe, dass der Gesamthaushalt – nicht nur der Umweltbereich – an vielen Stellen problematisch sei.

Johannes Remmel (GRÜNE) bittet um Beantwortung seiner Frage, da die Art der Sanierung selbstverständlich haushaltsrelevant sei.

Minister Eckhard Uhlenberg wiederholt, dass man die Flächen sukzessive risikoorientiert sanieren werde. Im Augenblick gehe es in erster Linie um die Fläche in Brilon-Scharfenberg mit sehr hoher PFT-Belastung. Es werde nicht politisch, sondern nach wissenschaftlichen Kriterien und dem Urteil von Sachverständigen entschieden, welcher Teil der 10 ha drainiert werde und welcher Teil nicht. Er habe auch von einem Gesteinsuntergrund auf einem kleineren Teil dieser Fläche gehört, bei dem es möglicherweise ein technisches Problem gebe. Er habe den Eindruck, dass Johannes Remmel nicht zur Lösung des PFT-Problems, sondern zur allgemeinen Verunsicherung beitra-

gen wolle. Davon lasse sich die Landesregierung bei ihrem beharrlichen Kurs, die PFT-Problematik im Bereich Möhnesee zu lösen, nicht beirren.

Friedhelm Ortgies (CDU) führt aus, seine Fraktion werde die Haushaltsanträge der Grünen ablehnen. Zur zweiten Lesung des Haushalts werde die CDU eigene Vorschläge unterbreiten.

Außerdem habe er noch nie gehört, dass von einer Schiefelage des Gesamthaushalts gesprochen werde, wie es Svenja Schulze getan habe, wenn man zu viel Geld habe.

Johannes Remmel (GRÜNE) betont, die Grünen sähen die Notwendigkeit im Fachausschuss Änderungsanträge zu stellen. Auch in anderen Fachausschüssen sei zu beobachten, dass die Regierungsfractionen keine Änderungsanträge stellten und das erst im Haushalts- und Finanzausschuss tun wollten. Das sei sachlich, fachlich, politisch möglich, aber dadurch würden die Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen tendenziell entwertet.

Dieses Verfahren hätten die Regierungsfractionen schon im letzten Jahr gewählt. In Zukunft werde man fragen müssen, warum man im Fachausschuss drei Runden drehe, wenn die Regierungsfractionen die Anträge im Haushalts- und Finanzausschuss bündeln wollten. Leider schließe sich die SPD diesem Vorgehen größtenteils an, was nicht unbedingt die parlamentarischen Beratungen in den Fachausschüssen stärke. Die Fachpolitik spiele also keine große Rolle mehr, weil alles der Haushalts- und Finanzpolitik untergeordnet werde.

Svenja Schulze (SPD) wendet ein, die SPD sei davon überzeugt, dass man die politischen Unterschiede klarmachen müsse. Deshalb habe man sich entschlossen, nicht zu versuchen, den kompletten Haushalt über viele Änderungsanträge, die sowieso abgelehnt würden, so umzustricken, dass er ihren Anforderungen genüge.

Das habe sie schon in der letzten Sitzung deutlich gemacht und bemängelt, dass man in diesem Haushalt keine Aussagen dazu finde, wie man mit dem Klimawandel oder mit steigenden Energiekosten umgehen wolle. Es gebe auch keine Antworten auf Naturschutzfragen, sondern überall werde gekürzt, auch beim nachhaltigen Wirtschaften. All das wolle sie nicht wiederholen. Darüber werde man im Parlament noch sprechen. Politisch habe die SPD mit diesem Haushalt an vielen Punkten Probleme. Das werde sie aber nicht an Änderungsanträgen, sondern über eine politische Diskussion deutlich machen.

Der Haushalt habe insofern eine Schiefelage, dass, obwohl mehr Geld da sei, bei der Weiterbildung und im gesamten Bildungsbereich gekürzt werde. Diese massiven Einschnitte wolle die SPD nicht mittragen. Bildung sei einer der wesentlichen Rohstoffe Nordrhein-Westfalens. Man werde im Umweltausschuss nicht massenweise Änderungsanträge stellen, während auf der anderen Seite bei dieser Haushaltspolitik die Volksschulen und Schulen baden gingen.

Diese politische Entscheidung, die die SPD getroffen habe, heiÙe aber nicht, dass die SPD die Diskussion in den Fachausschüssen generell nicht wolle. Sie habe sich lediglich entschieden, in diesem Haushalt Schwerpunkte zu setzen.

Johannes Remmel (GRÜNE) bekräftigt, selbstverständlich seien die vorgelegten Anträge Teil eines Gesamtkonzepts. Für alle Haushaltsanträge bestehe an anderer Stelle eine Deckung. Insgesamt bleibe man mit den Mehrforderungen und Minderausgaben unter den Ansätzen der Landesregierung. Damit solle auch deutlich werden, dass die Grünen jederzeit in diesem Land Verantwortung übernehmen könnten und nicht auf Wolkenkuckucksheime der Zukunft bauen müssten.

Wolfram Kuschke (SPD) äußert, er habe bei der Finanzierungsgrundlage mancher Anträge Probleme, zum Beispiel bei der Abwasserabgabe.

Ergänzend zu dem, was Svenja Schulze ausgeführt habe, verweise er auf die Redebeiträge von Holger Ellerbrock in den letzten fünf Jahren zur Schiefelage des Landeshaushalts. Wenn man die Fraktionen und die Landesregierung austausche, könne man diese Argumentation mit heranziehen.

Holger Ellerbrock (FDP) sieht allerdings hinsichtlich des Austauschs der Fraktionen einen wesentlichen Unterschied, der nicht vergessen werden dürfe. Während sich Schwarz-Gelb im Sinne der Nachhaltigkeit bemühe, mittelfristig zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen, um in wichtigen Feldern wieder politische Handlungsfähigkeit zu erlangen, habe Rot-Grün die Verschuldung immer weiter nach oben getrieben.

Antrag Nr. 5 (GRÜNE)

Kapitel 10 050 – Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz
Titel 887 00 – Zuweisungen an Zweckverbände zur Altlastensanierung
Erhöhung des Ansatzes um 1,5 Millionen € auf 2,5 Millionen €

und

Antrag Nr. 6 (GRÜNE)

Kapitel 10 050 – Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz
Titelgruppe 70 – Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie
Erhöhung des Ansatzes um 1 Million € auf 2,9 Millionen €

Bei beiden Titeln werde gesagt – so **Johannes Remmel (GRÜNE)** –, dass die Absenkung der Haushaltsansätze aus anderen Mitteln, nämlich der Abwasserabgabe, finanziert werde. In der Vergangenheit sei aber immer erklärt worden, diese Finanzierung sei wegen fehlender Gruppennützigkeit nicht möglich. Ihn interessiere, ob sich die Einschätzung des Ministeriums geändert habe.

Minister Eckhard Uhlenberg antwortet, der AAV könne nicht grundsätzlich aus der Abwasserabgabe finanziert werden, aber einzelne Projekte. Das wolle man auch in Zu-